
Land bekräftigt Fusionspläne

KAISERSLAUTERN: Kleine Anfrage von Marcus Klein zu Dreierfusion

Beim Thema Dreierfusion der Verbandsgemeinden Bruchmühlbach-Miesau, Waldmohr und Schönenberg-Kübelberg brodelt seit einiger Zeit die Gerüchteküche. Der Abgeordnete Marcus Klein (CDU) wollte endlich Klarheit und reichte deshalb Anfang September eine Kleine Anfrage bei der Landesregierung ein.

Die Antwort erreichte ihn Ende vergangener Woche: Das Innenministerium bekräftigte darin seine Absichten, einer Fusion der drei Verbandsgemeinden „näher zu treten“. Hintergrund seien die Untersuchungen von Professor Martin Junkernheinrich von der Technischen Universität Kaiserslautern, der die Fusion als „beste Neugliederungsoption“ für Bruchmühlbach-Miesau feststellte.

Als Alternativen habe man eine Fusion mit den Verbandsgemeinden Ramstein-Miesenbach, Landstuhl,

Thaleischweiler-Fröschen-Wallhalben, Zweibrücken-Land sowie Waldmohr und Schönenberg-Kübelberg abgewogen, beschrieb Innenminister Roger Lewentz (SPD) das Vorgehen weiter.

Klein interessierte auch die Frage nach einer Teilfusion. Diese sei prinzipiell möglich, lautete die Antwort. Das Landesgesetz sieht sowohl eine Fusion von Verbandsgemeinden verschiedener Landkreise als auch die Aufteilung der Ortsgemeinden einer VG auf mehrere Verbandsgemeinden vor.

Bei der kreisübergreifenden Dreierfusion von Bruchmühlbach-Miesau, Waldmohr und Schönenberg-Kübelberg stellt sich auch die Frage nach der späteren Kreiszugehörigkeit der neuen VG.

Lewentz nannte auch die Möglichkeit, dass die so gebildete VG für eine Übergangszeit auch zu mehreren Landkreisen gehören kann. Dies sei

allerdings nur so lange möglich, bis – im Zuge der Kommunal- und Verwaltungsreform – die Gebietsstrukturen auf Kreisebene angepasst werden.

Wichtig war für Klein der zeitliche Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens, um den Zeitrahmen zu erfahren, der für eine freiwillige Lösung zur Verfügung stünde.

Die Antwort war klar formuliert: Bis Ende 2015 soll das Gesetzgebungsverfahren ausgearbeitet sein, denn alle Gebietsänderungen sollen bis 2019 herbeigeführt werden.

Sollte sich aber bis dahin keine freiwillige Lösung oder eine „sachgerechte Alternative“ herausgebildet haben, so werde das Innenministerium die Fusion der drei Verbandsgemeinden weiterführen. Das Ministerium versicherte aber, die betroffenen Kommunen „zu gegebener Zeit“ zu beteiligen und deren Stellungnahmen auch in den weiteren Prozess miteinfließen zu lassen. (msim)
